

Beschluss des Parteirates

28. November 2005, Berlin

Grüne

Für konsequenten Klimaschutz – national und international

Die Weltklimakonferenz in Montreal muss ein klares Zeichen
für den globalen Klimaschutz setzen

Die aktuellen Zahlen des UN-Klimasekretariats über den weltweiten Ausstoß von klimaschädigenden Treibhausgasen zeigen erneut die Dramatik des Klimaproblems. Es muss dringend gehandelt werden, insbesondere in den Industrieländern. Der Ausstoß klimaschädlicher Gase muss weltweit schnell und drastisch gesenkt werden.

Der Klimawandel ist die größte ökologische und ökonomische Herausforderung unserer Zeit. Die negativen Folgen der Klimaerwärmung zeigen sich immer deutlicher. Extreme Wetterereignisse wie Stürme, Hurrikane, Starkregenfälle, Überschwemmungen oder Dürren nehmen in Zahl und Intensität zu – die Ereignisse im Sommer 2005 haben es uns erneut drastisch vor Augen geführt: Nie zuvor seit Beginn der Wetteraufzeichnungen 1851 gab es so viele tropische Wirbelstürme, so viele Hurrikane und so viele Hurrikane der stärksten Kategorie Fünf. Es gab in diesem Jahr mit „Katrina“ den zerstörerischsten Hurrikan, mit „Wilma“ den stärksten und mit „Vince“ den ersten über dem Atlantik nahe Europa. Die Folge waren über 1000 Tote und gewaltige volkswirtschaftliche Schäden von über 200 Milliarden Dollar. Auch in Europa spielte das Wetter 2005 wieder verrückt: Rekordniederschläge und Hochwasser in den Alpen mit erheblichen Schäden in Bayern, Österreich und der Schweiz; verheerende Überschwemmungen in Bulgarien; eine außergewöhnliche Hitzewelle in Spanien und Portugal. Die Zusammenhänge zwischen Klimawandel und Wetterkapriolen sind nicht mehr seriös von der Hand zu weisen, auch wenn nicht jede Wetterkatastrophe unmittelbar der Klimaerwärmung zugerechnet werden kann.



Die klimaerwärmende Wirkung von CO₂ ist wissenschaftlich unbestritten. Auch über die menschliche Verantwortung für die globale Erwärmung ist sich die große Mehrheit der Klimaforscher einig. Aktuelle Bohrungen in der Antarktis haben ergeben, dass die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre den höchsten Stand seit mindestens 650.000 Jahren hat. 2005 ist wahrscheinlich weltweit das wärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen, gefolgt von 1998, 2002, 2003, 2004 und 2001. Die Klimaforscher warnen vor noch viel dramatischeren Konsequenzen in den kommenden Jahrzehnten. Ende September 2005 hat das Hamburger Max-Planck-Institut für Meteorologie neueste Berechnungen vorgelegt, nach denen die globale Temperatur bis zum Jahr 2100 um 2,5 bis 4,1 Grad Celsius und der Meeresspiegel um 21 bis 28 cm steigen könnte. Die Arktis könnte Ende des Jahrhunderts im Sommer sogar eisfrei sein.

Die volkswirtschaftlichen Schäden des Klimawandels nehmen dramatisch zu. Er ist damit nicht nur ein ökologisches, sondern auch ein erhebliches ökonomisches Problem. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) sagt, dass die ökonomischen Schäden durch extreme Wetterereignisse in den letzten dreißig Jahren um den Faktor 15 zugenommen haben. Die Antwort verantwortungsbewusster Politik kann daher nur lauten: Der Ausstoß klimaschädlicher Gase muss weltweit schnell und drastisch gesenkt werden. Der Anstieg der globalen Erwärmung muss auf maximal zwei Grad Celsius gegenüber vorindustriellen Werten begrenzt werden, um nicht beherrschbare Schäden für Klima und Ökosysteme zu verhindern. Deshalb müssen die globalen Treibhausgasemissionen bis 2050 um 50 Prozent verringert werden. Das bedeutet eine Reduktion von 60–80 Prozent in den Industrieländern, da diese nach dem Verursacherprinzip zunächst höhere Reduktionsanstrengungen unternehmen müssen als die Entwicklungsländer.

Es gibt keine Alternative zu multilateral vereinbarten völkerrechtlich verbindlichen Emissionsobergrenzen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen deshalb, dass das Kioto-Protokoll am 16.02.2005 endlich in Kraft getreten ist. Jetzt muss es entschlossen umgesetzt werden. Aber die im Kioto-Protokoll bis 2012 vereinbarten Minderungsziele für Industriestaaten dürfen nur ein erster Schritt sein, sie reichen zur Bekämpfung des Klimawandels bei weitem nicht aus. Die UN-Klimakonferenz in Montreal als gleichzeitiges Treffen der Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention und der Vertragsparteien des Kioto-Protokolls ist ein historisches Ereignis. Dort muss ein Prozess für die Weiterentwicklung der globalen Klimaschutzverpflichtungen nach 2012 angestoßen werden. Dabei muss am Ansatz absoluter Emissionsobergrenzen für Industrieländer festgehalten werden. Deutschland und die EU müssen in diesem Prozess weiterhin eine Vorreiterrolle übernehmen.

Deutschland ist aufgrund der erfolgreichen Klimapolitik der letzten Jahre auf gutem Wege zur Erfüllung seiner nationalen Reduktionspflicht von 21 Prozent der Emission von Treibhausgasen gegenüber 1990 bis 2012. Ohne zusätzliche Maßnahmen wird dieses Ziel aber dennoch verfehlt werden. Die in den letzten Jahren eingeleitete Politik des Ausbaus der Erneuerbaren Energien, des Energiesparens und der Erhöhung der Energieeffizienz muss daher nicht nur fortgesetzt, sondern auch weiterentwickelt werden. Wir erwarten von der großen Koalition konkrete Vorschläge zur Senkung der Klimagase und ein klares Bekenntnis zur deutschen Vorreiterrolle beim Klimaschutz. Damit dies kein Lippenbekenntnis bleibt, muss sich die Bundesregierung verbindliche Klimaschutzziele setzen. Deutschland muss seine Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 Prozent und bis 2050 um 80 Prozent gegenüber 1990 reduzieren, um einen wirksamen Beitrag im Kampf gegen den Klimawandel zu leisten, die Chancen für Innovationen und Beschäfti-

gung zu nutzen und frühzeitig langfristige Investitionsanreize für Industrie und Energiewirtschaft zu setzen. Ambitionierte Reduktionsziele und eine konsequente Klimaschutzpolitik bieten eine langfristige Perspektive für Zukunftsinvestitionen und Technologieentwicklung. Klimaschutz ist ein integraler Bestandteil einer nachhaltigen Entwicklung.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **fordern daher:**

- Das Kioto-Protokoll muss konsequent umgesetzt und die vereinbarten Minderungsziele müssen eingehalten werden.
- Das Kioto-Protokoll muss für die Zeit nach 2012 in Richtung eines Kioto II mit ambitionierten mittelfristigen Reduktionszielen weiterentwickelt werden.
- Auf der UN-Klimakonferenz in Montreal muss ein Mandat für einen Prozess zur Weiterentwicklung der Klimaschutzverpflichtungen über 2012 hinaus vereinbart werden. Wir brauchen einen Zeitplan für Verhandlungen, die spätestens 2008 zu einer Weiterentwicklung des Kioto-Protokolls für den Zeitraum nach 2012 führen. Die Bundesregierung muss sich mit aller Kraft dafür einsetzen, dass die UN-Klimakonferenz zu einer wichtigen Etappe im internationalen Klimaschutz wird.
- Auch der internationale Flug- und Schiffsverkehr müssen in ein künftiges internationales Klimaschutzregime mit eigenen Minderungspflichten einbezogen werden.
- Die beiden großen Kioto-Verweigerer USA und Australien müssen ihre Blockade- und Obstruktionshaltung aufgeben und sich wieder am globalen Klimaschutz beteiligen. Die Staatengemeinschaft muss aber unabhängig davon die Weiterentwicklung des Kioto-Protokolls vorantreiben. Sie darf sich nicht von der Haltung der USA abhängig machen, sondern muss ihr mit einem attraktiven Vorschlag für die Zukunft des internationalen Klimaschutzes die Hand reichen. Die verschiedenen Aktivitäten in den USA in einzelnen Bundesstaaten, in den Kommunen, im Kongress und in Teilen der Wirtschaft bieten hier Anlass zu neuem Optimismus.
- Große Schwellen- und Entwicklungsländer, insbesondere China, Indien und Brasilien, müssen auch ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten. Dabei muss aber berücksichtigt werden, dass die Industrieländer bisher die Hauptverantwortung für die hohen Treibhausgasemissionen und deren negative Folgen für das Weltklima tragen. Für die Einbeziehung von Schwellen- und Entwicklungsländern können abgestufte Formen von Verpflichtungen entwickelt werden.
- Das Kioto-Protokoll muss in seiner Grundstruktur beibehalten werden. Dazu gehören insbesondere der „Cap-and-Trade“-Ansatz, also die Festlegung von absoluten Emissionsobergrenzen je Staat bei gleichzeitiger Ermöglichung von Flexibilität in der Zielerreichung, die projektbezogenen Mechanismen und die Instrumente der Berichterstattung, Überprüfung und Erfüllungskontrolle.

- Der Mechanismus für eine umweltverträgliche Entwicklung (CDM) muss stärker benutzt und verbessert werden, um zu einem wirkungsvollen Instrument zum Transfer klimafreundlicher Technologien, insbesondere auf den Gebieten der Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz, zu werden.
- Bestehende Technologiepartnerschaften – z. B. die zwischen der EU und der Volksrepublik China – müssen intensiviert und neue Kooperationen wie die Erneuerbare-Energien-Partnerschaft zwischen Deutschland und Brasilien, aber auch die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Energieforschung mit den USA initiiert werden. Sie müssen insgesamt auf das Ziel eines konsequenten Ausbaus der Erneuerbaren Energien in diesen Ländern ausgerichtet werden. Solche Technologiepartnerschaften sind eine sinnvolle Ergänzung zu verbindlichen multilateralen Vereinbarungen, können diese aber nicht ersetzen.
- Die Vorreiterrolle Deutschlands und auch der EU beim Klimaschutz muss konsequent fortgesetzt werden, denn nur durch solche Antreiber kann der internationale Klimaschutzprozess voran gebracht werden.
- Die EU muss sich zu einer Senkung der Treibhausgasemissionen bis 2020 um 30 Prozent und bis 2050 um 60-80 Prozent gegenüber 1990 verpflichten.
- Deutschland muss sich verpflichten, seine nationalen Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 Prozent und bis 2050 um 80 Prozent gegenüber 1990 zu senken und seine nationale Energie- und Klimapolitik an diesen Zielen ausrichten. Wir kritisieren entschieden das Fehlen konkreter Klimaschutzziele für 2020 und 2050 im Koalitionsvertrag von Union und SPD.
- Zur Erfüllung der nationalen Klimaschutzverpflichtungen brauchen wir konkrete Maßnahmen für den Bereich Verkehr. Wir fordern die schnelle Umstellung der Kfz-Steuer auf den CO₂-Ausstoß, einen Spritpass für Autos mit transparenten Angaben über den Spritverbrauch, die verstärkte Nutzung von Biotreibstoffen statt kurzfristiger Streichung der Steuerbefreiung und mehr Mittel für Bahn und Nahverkehr statt brutaler Kürzungen.
- Wir brauchen außerdem weitere konkrete Maßnahmen im Bereich Energie und Haushalte. Wir fordern ein Gesetz zur Förderung von Wärme aus erneuerbaren Energien, eine Aufstockung der Forschungsmittel für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz, die Erhöhung der Mittel für das Altbausanierungsprogramm, die Einrichtung eines Klimaschutzfonds für mehr Energieeffizienz in kleinen Unternehmen und Haushalten sowie den Abbau umweltschädlicher Subventionen.
- Der Emissionshandel ist ein zentraler Bestandteil der Klimapolitik der kommenden Jahre – auf nationaler, europäischer und inter-

nationaler Ebene. Der zweite nationale Zuteilungsplan für die Periode 2008-2012 muss sich konsequent an den ökologischen Notwendigkeiten und der Verbesserung des Instrumentes orientieren. Dafür müssen die Ziele verschärft, die Zahl der Sonderregelungen verringert und Mitnahmeeffekte vermieden werden. Ein Teil der Emissionszertifikate sollte versteigert werden – die EU-Emissionshandelsrichtlinie begrenzt diese Menge aber auf 10 Prozent.

Wir fordern die neue Bundesregierung auf, den Klimaschutz ganz oben auf die politische Tagesordnung zu setzen. Wir brauchen eine konsequente, ambitionierte Klimapolitik mit klaren Zielen und verlässlichen Rahmenbedingungen. Es darf keine falsche Rücksichtnahme auf vermeintliche ökonomische Sachzwänge geben. Anspruchsvolle Klimapolitik ist keine Schwächung, sondern eine zukunftsgerichtete Stärkung von Wirtschaft und Gesellschaft.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind die einzige Partei, die konsequent für eine zukunftsweisende Klimaschutz- und Energiepolitik steht. Wir wollen Deutschland weg vom Öl bringen und hin zu erneuerbaren Energien. Wir haben mit innovativen Gesetzen dafür gesorgt, dass die erneuerbaren Energien sich hierzulande zu einer Erfolgsgeschichte entwickelt haben - zum Wohle von Umwelt und Beschäftigung. Dieser Weg muss konsequent weiter beschritten werden. Nur so wird Deutschland unabhängiger vom Öl und seiner Verantwortung für das Weltklima gerecht. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich mit aller Kraft dafür einsetzen.

Beschluss: einstimmig